

## **Dokumentation**

### **18. Treffen des Politischen Begleitkreises im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung B31 Meersburg/West – Immenstaad**

**21. Mai 2019, Rathaus Hagnau, Julius-Bissier Saal**

## **Tagesordnung**

1. Aktuelles aus der Region
2. Aktueller Planungsstand und Umgang damit
  - a. Verkehr
  - b. weitere Ausplanung/Optimierung der Varianten
  - c. Baugrunduntersuchung
3. nächste Dialog-Schritte
4. Sonstiges

## **Teilnehmende**

- Verbandsdirektor Wilfried Franke, Regionalverband Bodensee-Oberschwaben
- Bürgermeister Volker Frede, Hagnau
- Bürgermeister Robert Scherer, Meersburg
- Bürgermeister Daniel Heß, Stetten
- Bürgermeister Georg Riedmann, Markdorf
- Bürgermeisterin Jaqueline Alberti, Daisendorf
- Bürgermeister Johannes Henne, Immenstaad
- Matthias Kühnel, Planungsteam B31, RP Tübingen
- Franz Feil, Planungsteam B31, RP Tübingen
- Anne Dittmann, Planungsteam B31, RP Tübingen
- Dr. Christoph Ewen, team ewen
- Fridtjof Ilgner, team ewen

## **Entschuldigt:**

- Landrat Lothar Wölfle, Bodenseekreis
- 1. Bürgermeister Dr. Stefan Köhler, Friedrichshafen

## **TOP 1 Begrüßung und Aktuelles aus der Region**

Herr Kühnel (Regierungspräsidium Tübingen) und Herr Dr. Ewen (Moderationsbüro) begrüßen die Teilnehmenden zur 18. Sitzung des politischen Begleitkreises in Hagnau.

Die Bürgermeister berichten von Informationsveranstaltungen, die von den Initiativen organisiert wurden. Außerdem gebe es Diskussionen um die Südmufahrung Markdorf, die aus Sicht der Bürgermeister im Hinblick auf die Planungen zur B31 eindeutig geklärt werden müssten.

Die Bürgermeister sprechen weiterhin grundsätzliche Fragen zur Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium Tübingen an. Es geht dabei um die Kommunikation und die Gestaltung des Dialogprozesses. Hier gehe man davon aus, dass diese gemeinsam und auf Augenhöhe festgelegt werden solle – was in der Vergangenheit nicht immer so gewesen sei. Anders sei es bei der Planung. Die politischen Repräsentanten der Raumschaft haben keinen Einfluss auf das Verfahren der Planung, hier gelte es die strengen Vorschriften eines Rechtsverfahrens einzuhalten.

Die Bürgermeisterin und Bürgermeister vertreten die Interessen ihrer Gemeinden. Gleichzeitig habe man sich im Rahmen der Arbeit des politischen Begleitkreises auf ein konstruktives Miteinander geeinigt und vereinbart, sich mit öffentlichen Positionierungen zurückzuhalten. Mittlerweile sei die Planung jedoch an einem Stand angelangt, der dieses Vorgehen nicht mehr ermöglicht. Somit gelte es weiterhin die Planung konstruktiv zu begleiten, jedoch werden die Bürgermeisterin und die Bürgermeister auch öffentlich Position im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger beziehen.

Zusammenfassend halten die Beteiligten fest, dass bei der Frage zur Dialog- und Prozessgestaltung die Mitglieder des politischen Begleitkreises auf Augenhöhe mit dem Planungsteam des RP diskutieren. Bei planerischen Fragen handelt das Regierungspräsidium zusammen mit den beauftragten Gutachtern eigenständig. In einer Presseinformation über diese Sitzung soll diese Rolle klargestellt werden.

## **TOP 2 Fragen zum aktuellen Planungsstand**

Bürgermeister und Direktor des Regionalverbandes stellen die Frage nach dem Querschnitt der geplanten Straße. Hr. Kühnel vom Planungsteam macht deutlich, dass aufgrund der hohen zu erwartenden Verkehrsbelastung das Regelwerk einen zweibahnigen, vierstreifigen Querschnitt RQ 28 vorsehe. Begründete Ausnahmen seien zugelassen, aber angesichts der konkreten Situation (auch der hohe Anteil Schwerverkehr) sehe er hier keinen Spielraum für Abweichungen. Dass nur 20 km weiter bei der Planung einer vergleichbaren Straße von dieser Regelung abgewichen werde, sei dadurch zu erklären, dass es sich dort um einen deutlich kürzeren Streckenabschnitt handle. Auf Rückfrage erklärt der Verkehrsgutachter, Herr Kiener, dass die geplanten Standstreifen keine Funktion im Hinblick auf die verkehrliche Leistung mit sich bringen. Sie seien aus Gründen des Betriebs und des Straßenunterhalts sowie der Robustheit bei Unfällen und Staus erforderlich. Hr. Kühnel kündigt eine Darstellung der Thematik in den FAQ im Internet an. Außerdem wird zugesagt, dass der Gutachter für eine beispielhafte Variante die verkehrliche Leistungsfähigkeit eines einbahnigen/dreistreifigen Querschnitts (2+1 Streifen) berechnet. Die Gutachter machen aber deutlich, dass man – für den Fall einer politischen Entscheidung für einen schmaleren Querschnitt - die bisherigen Planungen überarbeiten müsse und den vorgesehenen Zeitplan nicht halten könne.

Weiterhin wird gefragt, wie sich die kürzlich präsentierte Kombi-Variante A-B im Hinblick auf die Verkehrsprognose verhalte. Herr Kiener erläutert, dass diese in gleichem Maße wie die anderen Varianten die verkehrlichen Ziele einer neuen B31 erfüllen könne.

Weiterhin fragen die Bürgermeister nach, ob nach der A-B-Variante noch weitere Varianten zu erwarten seien. Die Gutachter Herr Stocks und Herr Münnich berichten von der aktuellen Optimierung der Varianten und führen aus, dass durchaus weitere Veränderungen in der Trassenkulisse folgen könnten. Schließlich stünden noch weitere Untersuchungen, insbesondere was die anlage-, bau- und betriebsbedingten Wirkungen einer neuen B 31 anbelangt, z.B. Lärm und Schadstoffe, aus.

Außerdem wird nachgefragt, wieweit die Baugrunduntersuchungen seien. Die Vertreter des Planungsteams des RP erläutern, dass das Gutachten im letzten Jahr in Auftrag gegeben wurde. Als nächstes stehen Bohrungen zur Erkundung des Baugrundes an. Die beauftragte Firma werde bis zum Sommer die Bohrungen an verschiedenen Orten der möglichen Varianten durchführen. Durch die Bohrungen werden detaillierte Erkenntnisse erlangt und die bestehenden geologischen Einschätzungen untermauert.

### **TOP 3 nächste Dialogschritte**

Herr Ilgner präsentiert die vorgesehenen weiteren Dialogangebote im Jahr 2019. Anfang Juli wird es den nächsten Sitzungsblock der beiden Facharbeitskreise und des Dialogforums geben. Danach gebe es Überlegungen, vor Ort Sprechstunden abzuhalten, eine Exkursion durchzuführen oder andere lokale Formen des Dialogs anzubieten.

Die Bürgermeisterin und Bürgermeister machen daraufhin deutlich, dass es angesichts der vielen z.T. verwirrenden Informationen und Botschaften in der Region darauf ankomme, möglichst viele Menschen ausführlich zu informieren. Dies könne am besten mit einer oder zwei öffentlichen Informationsveranstaltungen sichergestellt werden, wie man sie im Februar in Markdorf durchgeführt habe. Optimaler Zeitpunkt wäre kurz vor oder kurz nach der Sommerpause. Das Regierungspräsidium sagt zu, den weiteren Dialogprozess für das Jahr 2019 nochmals zu überarbeiten und die Gremien und die Bevölkerung darüber zu informieren. Man müsse die begrenzten Ressourcen sehen. Ggf. müsse man die lokalen oder fachlich spezifischen Informations- und Dialogangebote im 2. Halbjahr 2019 zugunsten von großen öffentlichen Veranstaltungen aufgeben.

Herr Kühnel dankt allen Teilnehmenden für den offenen Austausch und die lebhafteste Diskussion. Der nächste politische Begleitkreis wird am 02. Juli, vor dem nächsten Sitzungsblock, stattfinden.